

Wann kollabiert das deutsche Rentensystem?

Die Warnungen sind drastisch – ohne sofortige Reformen steuert Deutschland auf einen Zusammenbruch der Rentenkasse zu

JOHANNES C. BOCKENHEIMER, BERLIN

Sommerloch – so nennen Journalisten die Wochen, in denen das Parlament pausiert und Spitzenpolitiker fernab des Berliner Regierungsviertels verweilen. Häufig füllen in dieser Zeit kuriose Tiergeschichten die Schlagzeilen: In der Vergangenheit war das etwa eine entlaufenen Kuh namens Yvonne, ein Kaiman in rheinländischen Badesseen oder das Känguru Skippy im Sauerland.

In diesem Jahr aber sorgt kein Tier für Gesprächsstoff. Stattdessen beschäftigt eine überaus ernste Debatte die Republik, die weit über die Sommermonate hinausreicht: jene über die Zukunft des Rentensystems.

Losgetreten hat die Diskussion die Wirtschaftsministerin Katherina Reiche. «Die Lebensarbeitszeit muss steigen», hatte die CDU-Politikerin in einem Interview mit der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» gesagt. Es könne auf Dauer nicht gutgehen, wenn die Bürger nur zwei Drittel ihres Erwachsenenlebens arbeiteten und ein Drittel in Rente verbrächten.

Die Wortmeldung der Ministerin sorgte bereits kurz nach der Veröffentlichung für Ärger – nicht zuletzt beim sozialdemokratischen Koalitionspartner. In den Koalitionsverhandlungen sei sehr klar besprochen worden, dass es keine Erhöhung des Renteneintrittsalters geben werde, wies der Vizekanzler und SPD-Chef Lars Klingbeil seine Kabinettskollegin zurecht. Es helfe nicht, wenn es Rufe «von der Seitenlinie» gebe.

Selbst aus den Reihen ihrer eigenen Partei konnte Reiche nicht auf Unterstützung für ihre Forderung hoffen. Bundeskanzler Friedrich Merz hat die Äusserung seiner Parteikollegin bislang mit eisigem Schweigen bedacht. Eine Debatte über die Zukunft des Rentensystems, so scheint es, will der deutsche Regierungschef um jeden Preis vermeiden.

System in Schieflage

Dabei gäbe es viel zu besprechen. Davor jedenfalls sind Experten überzeugt. «Ohne Reformen gerät unser Rentensystem in Schieflage – die Frage ist nicht, ob, sondern wann», mahnt Martin Werding. Für den Ökonomen von der Ruhr-Universität Bochum hat der Zerfallsprozess längst begonnen. Denn schon heute liege die Abgabenquote für die Sozialsysteme bei 42 Prozent. «Das ist kritisch,



Das gesetzliche deutsche Altersvorsorgesystem steht auf wackligen Beinen.

THOMAS TRUTSCH / PHOTOTHEK / IMAGO

denn die 40-Prozent-Marke ist ein Kippunkt, an dem das System instabil wird.»

Der Ökonom, der als Wirtschaftsweiser auch die Bundesregierung berät, erinnert an die 1990er Jahre: Auch damals habe die Abgabenquote bereits jenseits dieser Schwelle gelegen – und schwere Folgen für die Wertschöpfung im Land gehabt. «Die hohen Lohnkosten verschärften damals die Massenarbeitslosigkeit. Erst durch Reformen und sinkende Abgaben konnte das System gerettet werden», sagt Werding.

Diesmal aber sei die Lage dramatisch anders. «Damals lag die hohe Belastung an der Massenarbeitslosigkeit – ein Problem, das sich lösen liess.» Heute hingegen rolle eine demografische Welle auf das Land zu: Die geburtenstarke Jahrgänge gehen in Rente, gleichzeitig gibt es immer weniger junge Menschen, die für sie zahlen müssen.

Auch der Ökonom Bernd Raffelhüschen ist deshalb überzeugt: «Dies ist die letzte Bundesregierung, die unser Rentensystem noch retten kann.» Werde in

den kommenden vier Jahren nichts getan, würden die politischen Hebel ihre Wirkung verlieren. Ab Mitte der 2030er Jahre, so der Freiburger Wissenschaftler, seien Massnahmen wie eine Anhebung des Rentenalters kaum mehr wirksam. Dann bleibe nur noch ein Reagieren von Jahr zu Jahr – ein Flickenteppich aus Notmassnahmen und Kürzungen.

Altersvorsorge auf Kredit

Schon heute finanziert Deutschland seine Rente zumindest teilweise auf Kredit. Der Staat verschuldet sich immer stärker, um laufende Ausgaben zu decken. «Das funktioniert, solange Deutschland Vertrauen auf den Finanzmärkten geniesst», sagt Raffelhüschen. Doch sollte dieses Vertrauen schwinden, drohen harte Sparmassnahmen oder eine Geldpolitik, die die Inflation anheizt. Am Ende, so der Ökonom, «zahlen die Bürger die Zeche».

Werding ergänzt, dass die Beitragsätze in der Rentenversicherung in den

kommenden Jahren unweigerlich steigen werden – von derzeit knapp 19 Prozent auf 20 Prozent bis 2028, weil die Rücklagen der Rentenkasse erschöpft sind. Hinzu kommt: Auch in den anderen Sozialkassen, der Kranken- und der Pflegekasse, klaffen riesige Finanzlücken. «Wir sprechen also von einer Zukunft, in der für jeden verdienten Euro 50 Cent in die Sozialkassen wandern werden. Bis 2080 könnten es sogar knapp 60 Cent werden.»

Ein Szenario, das nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht, glaubt Raffelhüschen. «Wenn die Menschen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Steuern und Abgaben abgeben müssen, gerät der Generationenvertrag ins Wanken», mahnt er. Besonders die junge Generation könnte sich vom System abwenden.

Leider finde aber eine ernsthafte Debatte über notwendige Reformen nicht statt, bedauert Werding. Im Gegenteil, «die Rentenpolitik der Bun-

desregierung ist schizophren»: Einerseits würden Gesetzentwürfe beschlossen, die alles noch teurer machen – zum Beispiel die sogenannte Haltelinie, die das Rentenniveau stabilisiert, oder die Mütterrente. «Andererseits reden Regierungsmitglieder von notwendigen Reformen. Das passt nicht zusammen.»

Ruhestand mit 70?

Was aber tun gegen den Kollaps des Systems? Einig sind sich die Ökonomen, dass die Wirtschaftsministerin Reiche mit ihrer Forderung nach längeren Lebensarbeitszeiten recht hat.

«Wir müssen das Rentenalter schnell auf siebzig anheben, um die geburtenstarke Jahrgänge länger im Arbeitsleben zu halten», sagt Raffelhüschen. Andererseits müssen aber auch die Arbeitnehmer entlastet werden: Die Beitragssätze dürfen nicht weiter steigen; stattdessen müssen die Leistungen an das Machbare angepasst werden. Heisst also: Auch die Rentner sollten sich auf Kürzungen einstellen.

Werding warnt allerdings davor, dass der demografische Umbau des gesetzlichen Rentensystems schwierig werden dürfte. «Dafür gibt es innerhalb eines reinen Umlagesystems keine passende Stellschraube.» Er plädiert deshalb dafür, umzusteuer auf mehr ergänzende Kapitaldeckung – etwa durch mehr betriebliche oder private Vorsorge, die verbindlicher werden muss als bisher.

Doch die Zeit drängt, wie Werding eindringlich mahnt: «Ergänzende Vorsorge braucht eine Ansparphase, die fliegt nicht ab sofort. Volle Effekte hat sie erst, wenn eine Erwerbstätigen-Generation vierzig Jahre lang versorgt.» Weitere vier Jahre zu verlieren, wäre fatal. «Jedes Jahr Stillstand macht die Rettung teurer und schwieriger.»

Die Hoffnung vieler Politiker auf Wirtschaftswachstum als Rettungssanker weist Werding indes als Illusion zurück: «Wenn die Lohnnebenkosten durch explodierende Sozialabgaben immer weiter steigen, wird Arbeit so teuer, dass Unternehmen weniger Leute einstellen.» Weniger Beschäftigte bedeuteten deshalb weniger Beitragsszahler – und das verstärkte die finanzielle Anspannung noch.

Die Sommerpause mag zu Ende gehen, die Debatte um die Rente aber wird bleiben. Die Frage ist nur, ob die Politiker den Mut aufbringen, die unbekümmerten Wahrheiten anzusprechen – bevor es zu spät ist.